



Présidence

Praesidium

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Ergebnisse der Prüfung der Aufgaben und Strukturen (PAS 2)

23 | 03 | 2016



MEDIEN



23. März 2016

Ergebnisse der Prüfung der Aufgaben und Strukturen (PAS 2)

(IVS).- Am Ende der zweiten Etappe der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates (PAS 2) hat die Regierung 210 Massnahmen berücksichtigt, die bis 2019 ein Sparpotenzial von 90 Millionen Franken aufweisen. Dank der verbesserten Prognosen in Sachen Steuereinnahmen (+20 Mio.) sowie der Einnahmen infolge der Restrukturierung des WKB-Aktienkapitals (+10 Mio.) konnte das ursprüngliche Ziel, Finanzmittel in der Höhe von 120 Millionen Franken bereitzustellen, erreicht werden. Das Projekt PAS ermöglicht es, das strukturelle Defizit der Kantonsfinanzen zu beheben und den künftigen Budgetengpässen vorzugreifen. Ziel dieses Projekts ist es, gesunde Kantonsfinanzen zu gewährleisten, um die nötigen Mittel für die aktuellen Herausforderungen und die künftigen Chancen bereitzustellen. Die berücksichtigten Massnahmen betreffen sämtliche Tätigkeitsbereiche des Staates. Im Rahmen dieses Projekts hat der Staatsrat für ein gesundes Gleichgewicht zwischen Ausgaben senkungen und Einnahmenerhöhungen gesorgt. Er war auch darauf bedacht, die Auswirkungen auf die Leistungen zugunsten der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

Notwendigkeit des Vorgehens

Der Staatsrat hat die Prüfung der Aufgaben und Strukturen lanciert, um gesunde Kantonsfinanzen gewährleisten und die nötigen Mittel für die aktuellen Herausforderungen und die künftigen Chancen bereitstellen zu können. Dieses Vorgehen hat sich angesichts der Defizite der Rechnungen 2013 und 2014, der wiederholten Schwierigkeiten, den Voranschlag auszugleichen, sowie der Einnahmen- und Ausgabenprognosen als unabdingbar erwiesen. Diese Feststellung wurde durch die Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts BAKBASEL, die ein strukturelles Defizit zutage gefördert hat, bestätigt. BAKBASEL hat auch aufgezeigt, dass die Kosten pro Einwohner im Wallis höher sind als in strukturähnlichen Kantonen.

Ablauf des Projekts

Gestützt auf die Bedürfnisse und Mittel gemäss integrierter Mehrjahresplanung 2016-2019 hatte der Staatsrat die im Rahmen des Projekts PAS 2 bereitzustellenden Finanzmittel für den gesamten Staat (einschl. halbstaatliche Institutionen) auf 120 Millionen Franken festgelegt. Dieser Betrag wurde auf alle Dienststellen, unter anderem unter Berücksichtigung des von BAKBASEL durchgeführten Benchmarkings, verteilt. Jede Dienststelle wurde beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen. Ein Analyseteam unter der Leitung eines externen Experten, dem insbesondere auch Vertreter des Parlaments angehörten, hat diese Massnahmen zuhanden des Staatsrates beurteilt.

Die Judikative und die Legislative haben sich auf Antrag des Staatsrates ebenfalls an diesem Vorgehen beteiligt. Parallel dazu wurden die Organisationsstrukturen des Staates und die Lohnautomatismen unter die Lupe genommen. Eine vom BAKBASEL durchgeführte Studie hat gezeigt, dass die Personaldotierung im Wallis insgesamt unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt und dem Durchschnitt strukturähnlicher Kantone liegt.



Berücksichtigte Massnahmen und Gesamtergebnisse

Gestützt auf all diese Arbeiten hat der Staatsrat 210 Massnahmen berücksichtigt, die es ermöglichen, bis 2019 Finanzmittel in der Höhe von 90 Millionen Franken bereitzustellen. Diese Finanzmittel resultieren zu 44% aus Ausgabensenkungen und zu 56% aus Einnahmenerhöhungen. Das Gleichgewicht zwischen Ausgabensenkungen und Einnahmenerhöhungen ist also gewährleistet.

194 Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 49 Millionen Franken liegen in der Kompetenz der Departemente oder des Staatsrates und können ab dem Budget 2017 schrittweise umgesetzt werden. Die restlichen 16 Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 41 Millionen Franken erfordern gesetzliche Änderungen, die im Kompetenzbereich des Grossen Rates liegen. Dank der Verbesserung der Prognosen in Sachen Steuereinnahmen (+20 Mio.) sowie der Einnahmen infolge der Restrukturierung des WKB-Aktienkapitals (+10 Mio.) konnte das Ziel, Finanzmittel in der Höhe von 120 Millionen Franken bereitzustellen, erreicht werden.

Zu diesen Massnahmen kommen jene des Dekrets über die erste Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates (PAS 1) und des Dekrets betreffend die Anwendung der Bestimmungen der Ausgaben- und Schuldenbremse im Rahmen des Voranschlags 2015 hinzu. Sie ermöglichen es dem Kanton, jährliche Mittel in der Höhe von 57 Millionen Franken für eine Dauer von drei Jahren bereitzustellen. Der Staatsrat schlägt vor, einen Teil dieser Massnahmen (insgesamt 32 Mio.) hinsichtlich ihrer Weiterführung gesetzlich zu verankern.

Das Projekt PAS 2 deckt sämtliche Tätigkeitsbereiche des Staates ab. Die hauptsächlichsten Ausgabensenkungen betreffen das Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Wirtschaft. Unter den von den Dienststellen vorgeschlagenen Massnahmen hat der Staatsrat jene berücksichtigt, die möglichst geringe Auswirkungen auf die Leistungen zugunsten der Bevölkerung sowie auf die Gemeinden haben.

Auf Ebene der Einnahmenerhöhungen bestehen die hauptsächlichsten Massnahmen in der Senkung gewisser Steuerrabatte und Standards, bei denen sich das Wallis im Vergleich zu den übrigen Kantonen grosszügiger zeigt. Es handelt sich beispielsweise um die Abzüge für Krankheitskosten, Berufsauslagen und Kinder.

Auswirkungen auf das Personal, die Subventionen und die Gemeinden

Was das Personal anbelangt, kann mit der eingehenden Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates dem Postulat des Grossen Rates mit dem Titel «optimierter Einsatz der Mitarbeiter statt Neuanstellungen» Folge gegeben werden. Die Umsetzung der PAS 2-Massnahmen beinhaltet die Nichterneuerung von 81,4 Stellen innerhalb des Staates, mehrheitlich im Unterrichtswesen, für eine Dauer von drei Jahren. Es wird keine Entlassungen ohne Versetzungsvorschlag geben. Angesichts der Massnahmen, die in den letzten Jahren bereits im Personalbereich ergriffen worden sind (Personalstopp, Koeffizient von 0,6 auf die progressive individuelle Erhöhung aufgrund der Leistung, die Erfahrungsanteile sowie auf die Leistungsprämie), und der unterdurchschnittlichen Personaldotation, wird der Koeffizient von 0,6 aufgehoben.

Die vom Kanton gewährten Beiträge sinken ihrerseits um 32,3 Millionen Franken.

Die Gemeinden sind mit zusätzlichen Aufwendungen in der Höhe von 5,8 Millionen Franken ebenfalls betroffen. Unter dem Strich ist das Projekt PAS – einschl. die beiden oben erwähnten Dekrete – für die Gemeinden allerdings positiv (+1,5 Millionen Franken).

Umsetzung

Die Massnahmen werden im Rahmen der Erarbeitung der kommenden Budgets definitiv beschlossen. Jene Massnahmen, die Gesetzesänderungen bedingen, werden in die Vernehmlassung geschickt und anschliessend dem Grossen Rat unterbreitet.

Für den Staatsrat bedingt das Projekt PAS Opfer und schwierige, aber unabdingbare Entscheide. Der Bund sowie zahlreiche andere Kantone mussten ebenfalls ähnliche Sparprogramme durchführen.

Kontaktperson:

Staatsrat Maurice Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation für das Projekt PAS – 027 606 50 05

Prüfung der Aufgaben und Strukturen (PAS) Ergebnisse

Präsentation des Staatsrates
23. März 2016

Tagesordnung

1. Empfang, Erläuterung der Ziele und Projektablauf PAS
Jacques Melly, Staatsratspräsident
2. Gesamtergebnis
Maurice Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation für das Projekt PAS
3. Berücksichtigte Massnahmen
Maurice Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation für das Projekt PAS
4. Umsetzungskompetenzen / Gesetzesänderungen
Jean-Michel Cina, Vorsteher des DVER
5. Auswirkungen auf das Personal
Oskar Freysinger, Vorsteher des DBS
6. Auswirkungen auf die Gemeinden
Esther Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des DGSK
7. Auswirkungen auf die Subventionen
Esther Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des DGSK
8. Schlussbemerkungen
Jacques Melly, Staatsratspräsident

Einleitung

J. Melly, Staatsratspräsident

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Finanzielle Zielsetzung erreicht: 120 Mio. Franken
- ▲ Eine schmerzhaft, aber notwendige Übung
- ▲ Ein Projekt der gesamten Regierung
- ▲ Ergebnis: ein Massnahmenpaket mit Anstrengungen in sämtlichen Tätigkeitsbereichen des Staates
- ▲ Wille, die Auswirkungen auf die Leistungen zugunsten der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten
- ▲ Eine Chance für das Wallis!
- ▲ Danke an die Dienstchefs für ihr grosses Engagement!

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Ziele des Projekts PAS

J. Melly, Staatsratspräsident

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Das Projekt PAS war aus folgenden Gründen **nötig**:
 - Fehlbeträge in den Rechnungen 2013 und 2014 (> CHF 80 Mio.)
 - wiederholte Schwierigkeiten, den Voranschlag auszugleichen
 - vom BAKBASEL bestätigtes **strukturelles Defizit** und **höhere Kosten pro Einwohner im Vergleich zu strukturähnlichen Kantonen** bei einem tieferen Ressourcenindex
 - **grosse Herausforderungen** vor dem Hintergrund sinkender Steuereinnahmen (USR III) und steigender Bedürfnisse (Infrastrukturen, Gesundheit, Sozialwesen, Bildung usw.)
- ▲ Die 2014 und 2015 nicht budgetierte Beteiligung am Gewinn der SNB (80 Mio.) wird das Ergebnis der Rechnung zweifellos verbessern und die Abschreibung der Fehlbeträge erleichtern. Es handelt sich allerdings um einen punktuellen Lichtblick, der das Projekt PAS nicht infrage stellt.

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Finanzielle Zielsetzung

PROJET ETS
PAS PROJEKT
J. Melly, Staatsratspräsident

- ▲ PAS hat folgende **Ziele**:
 - Gewährleistung gesunder Kantonsfinanzen
 - Bereitstellung der nötigen Finanzmittel, damit der Kanton für die aktuellen Herausforderungen und die künftigen Chancen gewappnet ist
- ▲ Vom Staatsrat festgelegte Zielsetzung in Sachen bereitzustellende Finanzmittel:

120 Mio.

 - Nettoaufwand der Laufenden Rechnung
 - Gestützt auf die Schätzung der «Mittel» und des «Bedarfs» gemäss IMP 2016-2019
- ▲ Dieser Betrag wurde auf **alle Dienststellen** unter anderem unter Berücksichtigung des von BAKBASEL durchgeführten interkantonalen Benchmarkings verteilt.

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Ablauf

J. Melly, Staatsratspräsident

PROJET ETS
PAS PROJEKT

- ▲ Jede **Dienststelle** wurde beauftragt, Massnahmen zur Erreichung der gesteckten Finanzziele vorzuschlagen.
- ▲ Ein **Analyseteam** unter der Leitung eines externen Experten und bestehend aus Mitgliedern der FIKO, dem Chef des Finanzinspektorats und dem ehemaligen Chef der Dienststelle für Personalmanagement hat diese Massnahmen beurteilt.
- ▲ Die **Judikative und die Legislative** haben sich auf Antrag des Staatsrates ebenfalls an diesem Vorgehen beteiligt.

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Ablauf

J. Melly, Staatsratspräsident

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Eine interdepartementale **Arbeitsgruppe** unter der Leitung des Staatskanzlers hat die **Organisationsstrukturen** des Staates analysiert und Stossrichtungen aufgezeigt.
- ▲ Eine interdepartementale **Arbeitsgruppe** unter der Leitung des Chefs der Dienststelle für Personalmanagement hat die **Lohnautomatismen**, die Gesetzesgrundlagen im Bereich des Lohnsystems und der Arbeitsbedingungen sowie die Auswirkungen einer Änderung gewisser Parameter geprüft.
- ▲ **BAKBASEL** wurde mit der Durchführung einer **Studie über die Personaldotierung** betraut. Gemäss dieser Studie ist die Dotierung im Wallis im gesamtschweizerischen Vergleich und auch im Vergleich zu strukturähnlichen Kantonen unterdurchschnittlich, mit gewissen Nuancen je nach Bereich.

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Gesamtergebnis

M. Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Der **Staatsrat** hat sämtliche Vorschläge im Rahmen mehrerer Arbeitssitzungen geprüft und Folgendes **berücksichtigt**:
 - **210 Massnahmen** für einen Gesamtbetrag von **90 Mio. Franken**
 - verteilt auf **Ausgabensenkungen (44%)** und **Einnahmenerhöhungen (56%)**.
- ▲ Die initiale Zielsetzung von 120 Mio. wurde erreicht dank:
 - **Verbesserung der Steuereinnahmeprognosen (+20 Mio.)**
 - **Restrukturierung des Aktienkapitals der WKB (+10 Mio.)**
- ▲ Hinzu kommen die im Rahmen des **Dekrets PAS 1 (31 Mio.)** und des **Dekrets «Budgetgleichgewicht 2015» (26 Mio.)** für eine Dauer von drei Jahren verabschiedeten Massnahmen. Der Staatsrat schlägt vor, einen Teil dieser Massnahmen (**32 Mio.**) weiterzuführen.

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Berücksichtigte Massnahmen

PROJET **ETS** **PAS** PROJEKT
M. Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation

- ▲ Das Projekt PAS deckt **sämtliche Tätigkeitsbereiche des Staates** ab.
- ▲ Unter den von den Dienststellen vorgeschlagenen Massnahmen hat der Staatsrat jene berücksichtigt, die **möglichst geringe Auswirkungen auf die Leistungen zugunsten der Bevölkerung** haben.
- ▲ PAS hat es insbesondere erlaubt, die Organisation des Staates zu überdenken und **innovative Lösungen** zu finden, wie beispielsweise:
 - **Gründung einer Stiftung zur Aufwertung der Sachanlagen, die nicht zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dienen**
 - **Umwandlung der Fachmittelschulen (FMS) in berufsbildende Schulen mit Lehrverträgen für die Absolventen**
- ▲ Die **vollständige Auflistung der Massnahmen** findet sich im Pressedossier.

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Berücksichtigte Massnahmen

PROJET **ETS** **PAS** PROJEKT
M. Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation

- ▲ Die **hauptsächlichen Ausgabensenkungen** betreffen:
 - **das Unterrichtswesen** (Umwandlung der Fachmittelschulen (FMS) in berufsbildende Schulen mit Lehrverträgen, Straffung der Organisationsnormen, teilweise Aufhebung der Halbklassen für den Sprachunterricht in der OS usw.)
 - **das Gesundheitswesen** (Senkung der anrechenbaren Kosten in den APH, Anpassung der Tarife für ausserkantonale Hospitalisierungen resultierend aus der freien Spitalwahl)
 - **das Sozialwesen** (Änderung der Finanzierung der Familienzulagen für nichterwerbstätige Personen und Personen mit niedrigem Erwerbseinkommen, Streichung der Integrationszulage usw.)
 - **die Wirtschaft** (Reduktion mehrere Leistungsaufträge im Bereich der Landwirtschaft, der Wirtschaftsförderung, der Energie und verschiedener Einrichtungen)

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Berücksichtigte Massnahmen

PROJET ETS PAS PROJEKT
M. Tornay, Präsident der Staatsratsdelegation

- ▲ Auf Ebene der **Einnahmenerhöhungen** bestehen die hauptsächlichsten Massnahmen in der Senkung gewisser Steuerrabatte und Standards, bei denen sich das Wallis im Vergleich zu den übrigen Kantonen grosszügiger zeigt.
- ▲ Es handelt sich dabei beispielsweise um:
 - die Abzüge für Krankheitskosten;
 - die Abzüge für Berufsauslagen;
 - die Kinderabzüge.

11

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Umsetzungskompetenzen Gesetzesänderungen

PROJET ETS PAS PROJEKT
J.-M. Cina, Vorsteher des DVER

- ▲ Unter den berücksichtigten Massnahmen:
 - liegen 194 in der **Kompetenz des Staatsrates**, des zuständigen Departements oder der zuständigen Dienststelle (49 Mio.)
 - Inkrafttreten ab dem Voranschlag 2017 möglich
 - liegen 16 in der **Kompetenz des Grossen Rates** (41 Mio.) und erfordern die Änderung von 9 Gesetzen und 1 zusätzliches neues Gesetz
 - Inkrafttreten erst ab dem Voranschlag 2018 möglich
- ▲ Das Ganze stellt ein **ausgewogenes Paket** dar.
- ▲ Er wird ihm eine globales Paket mit den **PAS 2-Massnahmen** und der Weiterführung gewisser Massnahmen des **Dekrets PAS 1** und des **Dekrets «Budgetgleichgewicht 2015»** präsentieren.

12

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Umsetzungskompetenzen Gesetzesänderungen

PROJET ETS
PAS PROJEKT
J.-M. Cina, Vorsteher des DVER

▲ Liste der zu ändernden Gesetze:

- Gesetz über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken
- Gesetz über die Kantonspolizei
- Steuergesetz
- Kulturförderungsgesetz
- Gesetz über die Krankenversicherung
- Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung
- Gesundheitsgesetz
- Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen
- Gesetz über die Beteiligungen des Staates

▲ Neues Gesetz

- Neues Gesetz für die Gründung einer Stiftung zur Aufwertung der Sachanlagen

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Auswirkungen auf das Personal

PROJET ETS
PAS PROJEKT
O. Freysinger, Vorsteher des DBS

- ▲ Die eingehende Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates erlaubt es, unter anderem dem **in eine Motion umgewandelten Postulat des Grossen Rates** mit dem Titel «optimierter Einsatz der Mitarbeiter statt Neuanstellungen» Folge zu geben.
- ▲ **Keine Entlassungen ohne Versetzungsvorschlag**
- ▲ **Nichterneuerung von 81,4 Stellen** innerhalb des Staates, mehrheitlich im Unterrichtswesen, für eine Dauer von drei Jahren
 - Einziger Bereich, in dem trotz Bevölkerungszuwachs und Bevölkerungsalterung ein Stellenabbau möglich ist, ohne die Leistungsqualität erheblich zu beeinträchtigen
 - Beispielsweise die Straffung von Organisationsnormen oder die teilweise Aufhebung der Halbklassen im Sprachunterricht

CANTON DU VALAIS
KANTON VALAIS

Auswirkungen auf das Personal

O. Freysinger, Vorsteher des DBS

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Gewisse **Anstrengungen** wurden in den letzten Jahren vom Personal **bereits erbracht**:
 - Personalstopp
 - 2016: Anwendung des Koeffizienten von 0,6 auf die progressive individuelle Erhöhung aufgrund der Leistung, die Erfahrungszulage sowie auf die Leistungsprämie
- ▲ Die **BAKBASEL-Studie** hat gezeigt, dass die Personaldotierung im Wallis insgesamt unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt und dem Durchschnitt strukturähnlicher Kantone liegt.
- ▲ Der Staatsrat **verzichtet** folglich darauf, vom Personal **weitere Anstrengungen zu verlangen**.
- ▲ Er **verzichtet** ebenfalls **ab Januar 2017** (ab Beginn des Schuljahres 2017-2018 für das Lehrpersonal) **auf die Anwendung des Koeffizienten von 0.6**

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Auswirkungen auf die Gemeinden

E. Waeber-Kalbermatten, Vorsteherin des DGSK

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Der Staatsrat war darauf bedacht, **die Gemeinden nicht zu benachteiligen**.
- ▲ Die **Lastenübertragungen**, die sich auf **5,8 Mio. Franken belaufen**, wurden auf das Maximum reduziert
- ▲ Hauptsächliche Lastenübertragungen auf die Gemeinden:
 - Beteiligung der Gemeinden an den individuellen Prämienverbilligungen
 - Berücksichtigung der Logopädie in der von den Gemeinden bezahlten Schulpauschale
 - Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Musikschulen
- ▲ Die globalen Auswirkungen der PAS, miteinbegriffen PAS 1 und das Dekret über die Anwendung der Bestimmungen über die Ausgaben- und Schuldenbremse im Rahmen des Budgets 2015, sind für die Gemeinden unter dem Strich positiv (+ 1,5 Millionen Franken)

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Auswirkungen auf die Subventionen

E. Waeber-Kalbermatten, Vorst. DGSK

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Der Staatsrat hat die **Konsequenzen seiner Entscheide sorgfältig abgewogen**, um die Auswirkungen auf die wirtschaftlich schwächsten Personen so gering wie möglich zu halten.
- ▲ Gesamtauswirkungen auf die Subventionen: **32,3 Millionen Franken**
- ▲ Massnahmenbeispiele:
 - Streichung der Integrationszulage
 - Erhöhung der Studiengebühren der HES-SO
 - Senkung der anrechenbaren Kosten in den APH
 - Kürzung der Stipendien
 - Reduktion verschiedener Leistungsaufträge:
 - Walliser Tourismusobservatorium
 - Antenne Région Valais Romand (ARVR) / Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis (RWO AG)
 - Stiftung The Ark
 - Forschungsinstitut IDIAP, Forschungsinstitut für Ophthalmologie (IRO)
 - Stiftung für die Nachhaltige Entwicklung der Bergregionen, ...

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Schlussbemerkungen

J. Melly, Staatsratspräsident

PROJET
ETS
PAS
PROJEKT

- ▲ Der Staatsrat hat seine Zielsetzung von 120 Millionen erreicht.
- ▲ Er war darauf bedacht, die Auswirkungen auf die Leistungen zugunsten der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.
- ▲ Er schlägt ein ausgewogenes Gesamtpaket mit Anstrengungen in sämtlichen Bereichen vor.
- ▲ Es handelt sich um eine schmerzhaft, aber unabdingbare Übung.
- ▲ Der Bund und auch zahlreiche Kantone mussten ähnliche Programme auf die Beine stellen.
- ▲ Eine Organisation muss ihre Strukturen und ihre Funktionsweise periodisch überdenken.
- ▲ Der Staatsrat dankt den Dienstchefs, den Mitgliedern des Analyseteams und der verschiedenen Arbeitsgruppen sowie sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne die dieses Projekt nicht möglich gewesen wäre.

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

▲ Weitere Etappen

- Vernehmlassungsverfahren im Frühjahr
- Übermittlung einer Botschaft an den Grossen Rat im Juni hinsichtlich seiner Septembersession
- Aufnahme der Massnahmen in der Kompetenz des Staatsrates, der Departemente und der Dienststellen in den Voranschlag 2017
- Inkrafttreten der Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Rates am 1. Januar 2018

Dpt	Dienststelle	Titel	Zuständigkeit	Fr. Kanton
DVER	VRVER	Anhebung der Entscheidgebühren im Bereich des bäuerlichen Bodenrechts	Dienst	-40'000
DVER	VRVER	Herabsetzung der Honorare in der Rubrik 318	Dienst	-13'400
DVER	DLW	Einnahmen für die Entscheide von landwirtschaftlichen Betriebsanerkennungen	Reg.	-60'000
DVER	DLW	Abnahme der Unterstützung zu Gunsten der Promotion, WLK und Betriebshelferdienst	Reg.	-470'500
DVER	DLW	Reduktion der Kontrollmandate des ökologischen Nachweis für die Direktzahlungen	Dep.	-120'000
DVER	DLW	Reduktion der Unterstützung zu Gunsten der Tierproduktion	Dep	-300'000
DVER	DLW	Lineare Reduktion Rubr. 31 Direktzahlungen	Dienst	-1'468
DVER	DLW	Reduktion der Unterstützung bei der Entwicklung von Vernetzungs-, Landschaftsqualitäts- und Ressourceneffizienzprojekten zu Gunsten der Direktzahlungen	Dep	-97'000
DVER	DLW	Fakturierung der obligatorischen Kontrollen zu Gunsten der Direktzahlungen und der manuellen Eingabe von Daten	Reg.	-407'000
DVER	DLW	Fakturierung von diversen vom Viehwirtschaftsamt erbrachten Leistungen	Reg.	-25'000
DVER	DLW	Fakturierung von Leistungen zu Gunsten des Rebbaus	Reg.	-30'000
DVER	DLW	Verkauf der Produkte aus dem Obstbau-Sektor	Dienst	-240'000
DVER	DLW	Lineare Reduktion Rubr. 31 Schule Châteauneuf	Dienst	-64'032
DVER	DLW	Reduktion der Unterstützung zu Gunsten der Bildung	Dep.	-70'000
DVER	DLW	Steigerung der Einnahmen an den Schulen in Châteauneuf und Visp	Dienst	-90'000
DVER	DLW	Lineare Reduktion Rubr. 31 Stabsstelle	Dienst	-30'000
DVER	DLW	Fakturierung eines Honorars für Arbeiten zu Gunsten der WLK – Inkasso der Mitgliederbeiträge	Dep.	-8'000
DVER	DLW	Fakturierung eines Honorars für juristische Leistungen an Private	Reg.	-10'000
DVER	DLW	Internalisierung der Dienstleistungen im Bezug auf die R3-Landwirtschaft	Reg.	-1'130'000
DVER	DWE	Reduktion der Leistungsaufträge an die Stiftung The Ark, Teil The Ark Energy	Dienst	-400'000
DVER	DWE	Reduktion des Leistungsauftrags an die ARVR, in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung (Funktion als Eingangstüre)	Dienst	-600'000
DVER	DWE	Reduktion des Leistungsauftrags an die RWO AG, in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung (Funktion als Eingangstüre)	Dienst	-250'000
DVER	DWE	Streichung des Leistungsauftrages an IRO	Dienst	-300'000
DVER	DWE	Streichung des Leistungsauftrages an IDIAP	Dienst	-400'000
DVER	DWE	Einschränkung des Leistungsauftrages an Mediplant	Dienst	-40'000
DVER	DWE	Streichung des Leistungsauftrages an den Verband der Unternehmen Valais excellence (VUVEX)	Dienst	-200'000
DVER	DWE	Reduktion des Leistungsauftrages an das Walliser Tourismus Observatorium (WTO)	Dienst	-325'000
DVER	DWE	Verschiedene lineare Reduktionen in der Rubrik 31	Dienst	-100'000
DVER	DWE	Reduktion der Finanzierung der Konferenz der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektoren (CDEP-SO)	Dienst	-115'000
DVER	DWE	Alimentierungsstopp des Kultur- und Tourismusfonds	Reg.	-175'000
DVER	DWE	Reduktion der A-fonds-perdu-Hilfen für den Tourismus und das Berggebiet (Rubrik 36)	Dienst	-632'000
DVER	DRE	Reduktion des Betrags für Mandate und Grundlagenstudien sowie fürs Projekt „Raumentwicklung 2020“	Dienst	-70'000
DVER	DRE	Reduktion des Betrags für Mandate und Grundlagenstudien sowie fürs Projekt „Raumentwicklung 2020“	Dienst	-68'400
DVER	DEWK	Ausgabenreduktion im Rahmen der Industrierabatte	Dienst	-117'000
DVER	DEWK	Reduktion der Ausgaben im Rahmen der Honorare und Dienstleistungen	Dienst	-85'200
DVER	DEWK	Ausgabenreduktion im Rahmen der Gemeindegsubventionen	Dienst	-85'200
DVER	DIHA	Überwälzung eines Teils der Personalkosten der Direktion zulasten des ALV-Ausgleichsfonds	Dienst	-413'100
DVER	DIHA	Anpassung der Tarife im Bereich Arbeitskräfte	Dienst	-75'000
DVER	DIHA	Anpassung der Tarife der Gewerbepolizei	Dienst	-30'000
DVER	DIHA	Auflösung des Leistungsmandats mit dem Westschweizer Konsumentenbund (FRC)	Dep	-18'000
DVER	DIHA	LHR / Part 1: Änderung der Aufteilung der Jahresgebühren im Bereich des GBB zwischen Kanton/Gemeinden/Weiterbildungsfonds	Parl.	-47'000
DVER	DIHA	GBB: Anpassung der Tarife für Entscheide im Rahmen des GBB	Dienst	-20'000

Dpt	Dienststelle	Titel	Zuständigkeit	Fr. Kanton
DVER	DIHA	GBB: Anpassung der jährlichen Abgabe für alkoholische Getränke	Parl.	-575'000
DVER	DIHA	Anpassung der Gebühren im Vollzug des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG)	Reg.	-3'000
DVER	DIHA	Überwälzung der dem Kanton auferlegten 0,3 VZÄ der kantonalen Beauftragten für die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) auf den nationalen ALV-Ausgleichsfonds	Dienst	-55'000
DVER	DIHA	LHR / Part 2: Änderung der Aufteilung der Jahresgebühren im Bereich des GBB zwischen Kanton/Gemeinden/Weiterbildungsfonds	Parl.	-103'000
DVER	DIHA	FCE / Part 2: Geringere Speisung des kantonalen Beschäftigungsfonds	Dienst	-1'200
DVER	DGBG	Selbstfinanzierung der Inspektion der Notare	Reg.	-105'000
DVER	DGBG	Abschaffung der Katasterinspektionen	Reg.	-120'000
DVER	DGBG	Beschleunigung der Verknüpfung von Datenbanken (amtliche Vermessung, Registerhalter und Grundbuch)	Dienst	-120'000
DVER	DGBG	Förderung und Verbesserung der Informationsportals des Grundbuchs	Dienst	-60'000
DVER	DGBG	Neugestaltung des Konzepts der Verwaltung von Entscheiden über die Nichtunterstellungspflicht unter das BewG	Dienst	-50'000
DFI	KFV	Verzicht von Papierausdruck von e-dics-Broschüren, Rechnung und Budget sowie Steichung des Lehrkoffers.	Dienst	-31'000
DFI	KFV	Neue Ruhegehaltsordnung der Magistraten ab dem 01.01.2015 / neue Finanzierung der AHV-Überbrückungsrente und Übergang auf das Beitragsprimat am 01.01.2012	Dienst	-300'000
DFI	KAGF	Ersetzen des Tages « Offene Berufswahl für alle » durch den Tag « Nationaler Zukunftstag », unterstützt durch das SBFI	Dienst	-14'000
DFI	KAGF	Streichung der gedruckten Version der Adressbroschüre WÄGWIISER	Dienst	-5'000
DFI	RFP	Aufhebung der Funktion des Adjunkten und Reduzierung von 0.15 VZÄ	Reg.	-20'000
DFI	DIKA	Abschaffung der Zufriedenheitsumfragen bei den Gemeinden	Dienst	-20'000
DFI	DIKA	Kürzung der Expertenonorare im Rahmen der Verfassungsrevision	Dienst	-29'000
DFI	DIKA	Kürzung der Beiträge in den Fusionsfond	Dienst	-200'000
DFI	KSV	Erhöhung um 5% des Selbstbehaltes bei den Krankheits- und Heilungskostenabzügen	Parl.	-4'000'000
DFI	KSV	Festsetzung einer Höchstgrenze von 9000.- Franken bei den Transportkostenabzügen	Parl.	-1'700'000
DFI	KSV	Erhöhung des Selbstbehaltes bei der konfiskatorischen Vermögenssteuer	Reg.	-4'500'000
DFI	KSV	Reduzierung des Kinderabzuges auf 150.- Franken	Parl.	-8'000'000
DFI	KSV	Gebührenerhöhungen für die Versendung von Mahnungen wegen Nichteinreichen der Steuererklärung und für Mahnungen wegen nichterfolgter Zahlung von Steuern	Reg.	-300'000
DFI	KSV	Gebührenerhöhungen für die Einreichung von Betreibungsbegehren	Reg.	-200'000
DFI	KSV	Verzicht auf den Druck der Wegleitung zur Steuererklärung	Dienst	-22'500
DFI	KSV	Abschaffung der Gemeindesteuerkommissionen	Parl.	-40'000
DFI	KDI	Internalisieren einer Stelle als IT-Techniker	Reg.	-30'000
DFI	KDI	Internalisieren einer 50% Stelle als Entwickler/Berater RDB	Reg.	-53'000
DFI	KDI	Reduktion der Leistungskosten und/oder der Beratungsleistungen (Steuerung)	Dienst	-50'000
DFI	KDI	Schrittweise Reduzierung von angeforderten Farbdruck Kopier-/Reproduktionsaufträgen	Dienst	-12'000
DFI	KDI	Reduzierung der Kosten für Bestriebsserviceverträge	Dienst	-115'000
DFI	KDI	Druckkostenoptimierung (Kosten auf Klick/Material/Miete) des Print Centers	Dienst	-200'000
DFI	KDI	Reduzierung der Anschaffungskosten und/oder Anschaffungen bezogen auf das Telekommunikationsnetz	Dienst	-60'000
DFI	KDI	Internalisieren einer Stelle als Systemadministrator / DBA	Reg.	-100'000
DFI	KDI	Reduktion der Leistungskosten und/oder Leistungen der Sektion Telekommunikation	Dienst	-20'000
DFI	DPM	Leichte Kürzung der Anstellung von Praktikanten	Dienst	-86'000
DFI	DPM	Arbeitsmedizinische Untersuchungen	Dienst	-10'000
DFI	DPM	Kürzung der Spesen für die Stellenausschreibungen	Dienst	-23'000
DFI	DPM	Kürzung der SAP HR Entwicklungen	Dienst	-30'000
DFI	DPM	Verzicht auf gewisse Marketingmassnahmen	Dienst	-5'000
DBS	KP	Erfassung der Hotelmeldescheine	Dienst	-200'000
DBS	KP	Finanzierung von Sicherheitsdienstleistungen an Sportanlässen	Parl.	-985'000

Dpt	Dienststelle	Titel	Zuständigkeit	Fr. Kanton
DBS	KP	Fakturierung von Leistungen der Kantonspolizei an Gemeinden ohne eigene Polizei und Dritte	Dienst	-500'000
DBS	KP	Telekommunikationskosten	Dienst	-20'000
DBS	KP	Ausstattung und Material	Dienst	-20'000
DBS	KP	Ausbildung	Dienst	-40'000
DBS	KP	Fakturierung der Betriebskosten für Polycom an die Gemeinden	Dep.	-540'000
DBS	VRDBS	Erhöhung der Anmeldegebühren für J+S Kurse	Dienst	-80'000
DBS	VRDBS	Senkung der Stipendienbeiträge für die höhere Berufsbildung	Reg.	-458'000
DBS	VRDBS	Senkung der Stipendienbeiträge für Studien an allgemeinbildenden Schulen	Reg.	-82'000
DBS	VRDBS	Senkung der Stipendienbeiträge für Hochschulstudien	Reg.	-71'000
DBS	VRDBS	Senkung der Stipendienbeiträge für alle Stufen	Reg.	-689'000
DBS	DSMV	Schliessung des Gefängnisses Martinach	Dep.	-200'000
DBS	DSMV	Teilweise Internalisierung der Aufsicht von hospitalisierten Strafgefangenen	Dep.	-250'000
DBS	KDJ	Verrechnung der Logopädie in die Schulpauschale	Dienst	-871'000
DBS	DSUS	Senkung der DSUS-eigenen Investitionen (Rub 311)	Dienst	-10'000
DBS	DSUS	Neuausschreibung für die Lieferung der Nummernschilder (Rub 313)	Dienst	-10'000
DBS	DSUS	Senkung der Kosten für den Senkung des Gebäudeunterhalts (Rub 314)	Dienst	-10'000
DBS	DSUS	Rücknahme des Moduls zum elektronischen Versicherungsnachweis durch asa (Rub 315)	Dienst	-20'000
DBS	DSUS	Senkung der Expertisekosten für Kommunikation und Abläufe (Rub 318)	Dienst	-13'000
DBS	DSUS	Erhöhung der Anzahl Administrativmassnahmen (Rub 431)	Dienst	-80'000
DBS	DSUS	Versteigerung von Kontrollschildern (Rub 435)	Dienst	-100'000
DBS	DSUS	Erhöhung der Anzahl Verzeigungen (Rub 437)	Dienst	-27'000
DBS	DSUS	Rücknahme der vom TCS ausgeführten technischen Fahrzeugkontrollen	Dienst	-100'000
DBS	DU	Aufhebung der Entlastungsstunden L2/L3 auf Primarschulstufe ab 2017	Dienst	-800'000
DBS	DU	Teilweise Kürzung des L2-Unterrichts in Halbklassen in der 9OS	Dienst	-1'050'000
DBS	DU	Teilweise Kürzung des L3-Unterrichts in Halbklassen in der 10OS	Dienst	-1'050'000
DBS	DU	Teilweise Kürzung des L3-Unterrichts in Halbklassen in der 11OS	Dienst	-420'000
DBS	DU	Aufhebung der verschiedenen Entlastungsstunden auf OS-Stufe, wird durch einen Pauschalbetrag kompensiert	Dienst	-420'000
DBS	DU	Aufhebung der verschiedenen Entlastungsstunden auf Sekundarstufe II, wird durch einen Pauschalbetrag kompensiert	Dienst	-990'000
DBS	DU	Schliessung der SfB-Immersionssklasse an der OMS Brig	Dienst	-260'000
DBS	DU	Reorganisation gewisser Aufgaben im Zusammenhang mit der akademischen Leitung innerhalb der PH-VS	Dienst	-120'000
DBS	DU	Übertragung der Kurse zum Lehrplan 21 an die PH-VS	Dienst	-50'000
DBS	DU	Senkung der Ressourcen für Fachberatung innerhalb der PH-VS	Dienst	-140'000
DBS	DU	Neue Drucklösung für die PH-VS	Dienst	-30'000
DBS	DU	Kürzung der Lektionen in TG auf Primarschulstufe durch straffere Organisationsbestimmungen	Dienst	-150'000
DBS	DU	Verschärfung der Bedingungen zur Organisation von Wahlfächern in den Kollegien	Dienst	-560'000
DBS	DU	Straffung der Organisation auf Sekundarstufe II	Dienst	-1'360'000
DBS	DU	Aufhebung der Entlastungsstunden für Klassenlehrer auf Sekundarstufe II, wird durch einen Pauschalbetrag kompensiert	Dienst	-600'000
DBS	DU	Diverse Kürzungen innerhalb der PH-VS bei Gütern und Dienstleistungen	Dienst	-12'000
DBS	DU	Teilweise Aufhebung des begleiteten Studiums für die 5H bis 8H	Dienst	-610'000
DBS	DB	Umwandlung der Fachmittelschulen (FMS) in berufsbildende Schulen mit Lehrverträgen für die Absolventen	Dep.	-5'400'000
DBS	DB	Aufhebung der Möglichkeit, an ausserkantonalen Berufsfachschulen eine Berufslehre ohne Berufsmaturität zu absolvieren	Dep.	-150'000
DBS	DB	Umwandlung verschiedener, dem Lehrpersonal gewährten Entlastungen in Mandate	Dep.	-1'027'320
DBS	DB	Übertragung und/oder vollständige Selbstfinanzierung der Weiterbildung, die für Dritte organisiert werden	Dep.	-230'000
DBS	DB	Mechanismen zur Öffnung und Schliessung von Klassen in der Grundbildung	Dienst	-170'000
DBS	DH	Erhöhung der Studiengebühren für die HES-SO	Reg.	-917'000
DBS	DH	Einstellung der staatlichen Entschädigungen für Gesundheitspraktika	Reg.	-1'344'800
DBS	DH	Subventionsstopp der DH für das Tourismusobservatorium	Reg.	-350'000

Dpt	Dienststelle	Titel	Zuständigkeit	Fr. Kanton
DBS	DH	Kürzungen in der Rubrik 31 der DH	Dep.	-64'000
DBS	DH	Kürzung bei der Weiterbildung der Lehrpersonen	Dep.	-10'000
DBS	DH	Campus EPFL Valais Wallis: Annullierung/Verschiebung der Subventionierung eines Lehrstuhls	Reg.	-
DBS	DH	Subventionssenkung für die Musikakademie Tibor Varga	Dep.	-50'000
DBS	RDSJ	Verzicht auf Inspektion der Amtsvormundschaftsbehörden	Reg.	-21'000
DBS	RDSJ	Änderung/Aufhebung des Pflichtenhefts für den Präsidenten der Aufsichtskammer der Anwälte	Reg.	-4'000
DBS	RDSJ	Obergrenze für die Beteiligung an den Kosten von externen Weiterbildungen	Dienst	-2'000
DBS	DBM	Anpassung der Gebühren	Dienst	-10'000
DBS	DBM	Anwendung des GTar	Dienst	-38'000
DBS	DZSM	Kürzung der angebotenen Zivilschutzkurse	Dienst	-123'000
DGSK	BKA	Bearbeitung der Betreibungsbegehren infolge der Verjährung aller vor 1997 ausgestellter Verlustscheine	Dienst	-
DGSK	BKA	Optimierung der Gebührenerhebung bei Konkursen	Dienst	-250'000
DGSK	DSW	Anpassen der Abschreibungssätze in den spezialisierten Institutionen	Dep.	-374'500
DGSK	DSW	Vermindern der Krankenkassenprämien (KVG) der Asylbewerber	Dep.	-1'250'000
DGSK	DSW	Reduktion der Beiträge für den Grundbedarf an junge Erwachsene	Reg.	-465'500
DGSK	DSW	Streichen der Integrationszulage	Dep.	-1'120'000
DGSK	DSW	Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerbende	Dep.	-50'000
DGSK	DK	Stiftung P. Gianadda: Beenden der Subventionierung der Sammlung Franck	Dep.	-25'000
DGSK	DK	Teilweise Rücknahme der Leistungen von VSnet	Dep.	-50'000
DGSK	DK	Stoppen der Speisung des Fonds ‚Kultur und Tourismus‘	Reg.	-250'000
DGSK	DK	Musikschulen	Parl.	-1'299'400
DGSK	DK	Kürzungen im Kulturbereich	Dienst	-399'000
DGSK	DK	Erhöhung der Eintrittspreise für die Ausstellungen (Mediathek Martinach)	Dep.	-20'000
DGSK	DVSV	Kostenreduktion Rubrik 31 (Güter, Dienstleistungen und Waren 1)	Dienst	-10'000
DGSK	DVSV	Kostenreduktion Rubrik 31 (Güter, Dienstleistungen und Waren 2)	Dienst	-15'000
DGSK	DVSV	Erklärungen zu Gruppe 32	Dienst	-5'095
DGSK	DVSV	Erklärungen zu Gruppe 40	Dienst	-5'000
DGSK	DVSV	Selbstfinanzierung der Inspektionskosten	Reg.	-322'200
DGSK	DVSV	Erhöhen der Gebühren bei den Veterinärkontrollen	Dienst	-20'000
DGSK	DVSV	Anhebung der Bussen beim Tierschutz	Dienst	-30'000
DGSK	DAA	Verschiedene Gebühren	Reg.	-67'000
DGSK	DAA	Reduktion des Auftrages an das Institut romand de santé au travail (IST)	Dienst	-75'000
DGSK	DAA	Einsparungen GS DGSK	Dep.	-65'000
DGSK	DAA	Reduktion bei den Ausbildungskosten NBC	Dienst	-10'000
DGSK	DGW	Stempelabgabe Gesundheit	Reg.	-160'000
DGSK	DGW	Einführung einer Gebühr für den Bereitschaftsdienst	Parl.	-730'000
DGSK	DGW	Reduktion der Beiträge an den Vorbereitungs- und Umzugskosten für das Spital Riviera-Chablais	Dep.	-250'000
DGSK	DGW	Anpassung der Tarife für ausserkantonale Hospitalisierungen resultierend aus der freien Spitalwahl	Reg.	-1'000'000
DGSK	DGW	Gebühr für die zusätzlichen Administrativkosten bei KVG-Dienstleistungen der Spitex für ausserkantonale Patienten	Reg.	-21'000
DGSK	DGW	Tarife für die Kliniken auf dem Haut-Plateau	Reg.	-211'000
DGSK	DGW	Fakturierung der Tariffestsetzungen und Pauschalvereinbarungen KVG	Reg.	-10'000
DGSK	DGW	Aufteilung der Finanzierung von Krankenkassensubventionen an Bezüger von Ergänzungsleistungen	Parl.	-3'355'000
DGSK	DGW	Einführung einer Rechnungstellung der ambulanten medizinischen Leistungen für Sucht Wallis	Reg.	-280'000
DGSK	DGW	Einstellen der Finanzierung der Informatikinfrastruktur der APH / SMZ via das Gesundheitsobservatorium Wallis	Dep.	-155'000
DGSK	DGW	Anwendung des Gesetzes über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung für den Kantonsbudget der IPV	Parl.	-14'475'000
DGSK	DGW	Selbstfinanzierung der Kleinkindberatung in den SMZ	Reg.	-612'000
DGSK	DGW	Senkung der anrechenbaren Kosten in den APH	Reg.	-1'314'000

Dpt	Dienststelle	Titel	Zuständigkeit	Fr. Kanton
DGSK	Sub. Sozialversich.	Änderung der Finanzierung der Familienzulage für nichterwerbstätige Personen und Personen mit niedrigem Erwerbseinkommen	Parl.	-1'193'500
DGSK	Sub. Sozialversich.	Änderung der Zusatzfinanzierung (Kinder- und Ausbildungszulagen) für Arbeitnehmende in der Landwirtschaft	Parl.	-1'010'000
DVBU	ANSB	Sparmassnahme Nr. 1 (Konto 311/Mobilien)	Dienst	-1'500
DVBU	ANSB	Sparmassnahme Nr. 2 (Konto 314/Unterhalt)	Dienst	-1'400
DVBU	ANSB	Sparmassnahme Nr. 3 (Konto 315/Dienstleistung Unterhalt)	Dienst	-2'000
DVBU	ANSB	Sparmassnahme Nr. 4 (Konto 318/Dienstleistung Unterhalt)	Dienst	-22'100
DVBU	DHDA	Internalisierung der Aufgabenbereiche «Betreuung der archäologischen Karte» und «Begleitung archäologischer Ausgrabungen».	Reg.	-92'000
DVBU	DHDA	Einrichtung einer Stiftung zur Wertschöpfung auf Sachanlagen, die nicht der Erfüllung staatshoheitlicher Aufgaben dienen	Parl.	-3'800'000
DVBU	DHDA	Schaffung einer Stelle (1 VZE) "Hauswartzdienst"	Reg.	-100'000
DVBU	DWL	Einschränkungen bei Massnahmen zugunsten geschützter, seltener oder vom Aussterben bedrohter Arten	Dienst	-10'000
DVBU	DWL	Kürzung der finanz. Unterstützung für die FDDM zur Umsetzung der Agenda 21 des Kantons Wallis	Dienst	-13'000
DVBU	DWL	Kürzung der finanz. Unterstützung für den Naturpark Binntal	Dienst	-10'000
DVBU	DWL	Kürzung der finanz. Unterstützung für den Naturpark Pfyn-Finges	Dienst	-10'000
DVBU	DWL	Kürzung der finanz. Unterstützung für das UNESCO-Weltnaturerbe (Jungfrau-Aletsch)	Dienst	-22'000
DVBU	DUS	Datenbankenmanagement	Dienst	-27'000
DVBU	DUS	Streichung der Subventionen für Ausbildungskurse für Deponiebetreiber	Dienst	-5'000
DVBU	DSVF	Kiesentnahme Rhone	Reg.	-600'000
DVBU	DSVF	Verwendung des Fonds Schweizer Hauptstrassen zu deren Unterhalt	Reg.	-500'000
DVBU	DSVF	Salzstreuungstechnologie	Dienst	-200'000
DVBU	DSVF	Einführung einer systematischen Strategie bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen	Reg.	-150'000
DVBU	DSVF	Erhöhung der Effizienz bei der Bearbeitung von Kreditoren-Rechnungen	Reg.	-60'000
DVBU	DSVF	Teilzeitarbeit	Dienst	-100'000
DVBU	DSVF	Videokonferenz	Dienst	-30'000
DVBU	DSVF	MobilityCarSharing	Reg.	-50'000
Exekutive	Staatsrat	Reduktion der Entschädigungen an den Staatsrat	Reg.	-60'000
Exekutive	Staatsrat	Reduktion der vom Staatsrat erteilten Mandate	Reg.	-10'000
PRÄS	STK	Aussetzung der Mandatsvergaben für die Migration der Dokumentenverwaltung der Dienststellen auf ECM	Dienst	-60'000
PRÄS	STK	Reduktion der Mandate im Bereich der Regierungsgeschäfte	Dienst	-50'000
PRÄS	STK	Reduktion der Mandate im Bereich der Vertretung der Kantonsinteressen auf Bundesebene	Dienst	-20'000
PRÄS	STK	Reduktion der Mandate im Bereich der Regierungskommunikation	Dienst	-71'000
PRÄS	STK	Reduktion des Verwaltungsaufwands infolge der Inkraftsetzung des Gesetzes über die Beteiligungen des Staates	Parl.	-
PRÄS	FI	Honorar	Dienst	-88'000

-90'168'315

Abkürzungen

KFV	Kantonale Finanzverwaltung
STK	Staatskanzlei
DVER	Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung
DBS	Departement für Bildung und Sicherheit
DFI	Departement für Finanzen und Institutionen
DGSK	Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur
DVBU	Departement für Verkehr, Bau und Umwelt
FI	Finanzinspektorat
KAGF	Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie
ANSB	Amt für Nationalstrassenbau
RFP	Rechtsamt für Finanzen und Personal
BKA	Betreibungs- und Konkursämter
KP	Kantonspolizei
PRÄS	Präsidium
DIKA	Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten
VRVER	Verwaltungs- und Rechtsdienst DVER
VRBS	Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsfragen und Sport
VRVBU	Verwaltungs- und Rechtsdienst DVBU
DSMV	Dienststelle für den Straf- und Massnahmenvollzug
DSW	Dienststelle für Sozialwesen
DHDA	Dienststelle für den Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie
DK	Dienststelle für Kultur
DLW	Dienststelle für Landwirtschaft
DVSV	Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
KSV	Kantonale Steuerverwaltung
KDI	Kantonale Dienststelle für Informatik
KDJ	Kantonale Dienststelle für die Jugend
DSUS	Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt
DJFW	Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere
DWE	Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung
DER	Dienststelle für Raumentwicklung
DU	Dienststelle für Unterrichtswesen
DEWK	Dienststelle für Energie und Wasserkraft
DB	Dienststelle für Berufsbildung
DWL	Dienststelle für Wald und Landschaft
DH	Dienststelle für Hochschulwesen
DIHA	Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit
RSJ	Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz
DUS	Dienststelle für Umweltschutz
DBM	Dienststelle für Bevölkerung und Migration
DAA	Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse
DGBG	Dienststelle der Grundbuchämter und der Geomatik
DPM	Dienststelle für Personalmanagement
DSVF	Dienststelle für Strassen, Verkehr und Flussbau
DZSM	Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
DGW	Dienststelle für Gesundheitswesen